



- Initiative Sozialismus von unten

Schluss mit Aufrüstung! Hier und überall!

Verteidigungsminister Pistorius will Deutschland „kriegstüchtig“ machen. Dafür will er als erstes die Rüstungsindustrie stark entwickeln, damit im Kriegsfall ausreichend Munition und Waffen nachgeliefert werden können. Außerdem will er, dass die Gesellschaft „wehrfähig“ wird; d.h. die Bevölkerung soll sich daran gewöhnen, dass Soldaten töten und auch sterben müssen oder verwundet werden.

Das ist die Übersetzung der von Bundeskanzler Scholz (SPD) im Frühjahr 2022 verkündeten „Zeitenwende“ ins Praktische.

Auch in Russland wird auf die Priorität Krieg gesetzt. Auch dort wird der Militärhaushalt enorm erhöht, um rund 70% gegenüber 2023, auf etwa 6% des Bruttoinlandsproduktes (NZZ 14.11.23).

Weltweit klettern die Militärausgaben auf neue Höhenrekorde, nicht nur in Russland, USA und China. Auch in Mittel- und Westeuropa lagen 2022 die Militärausgaben um 30% höher als zu Ende des Kalten Krieges 1989.

Bedrohung und Verteidigung – eine Frage der Klassenperspektive

Scholz hat die Solidarität der Bevölkerung mit den von Russland angegriffenen Ukrainern genutzt, die Bewilligung von 100 Mrd. € für eine massive Aufrüstung durchzusetzen.

Aber wer und was wird verteidigt?

Mit dem Angriff auf die Ukraine wollen die russischen Machthaber, dass die Ukraine und ihre Reichtümer wieder von Russland annektiert und wirtschaftlich und militärisch kontrolliert werden. Die Propaganda über eine „Entnazifizierung“ diene nur dazu, mit der

Erinnerung an den Krieg gegen die Nazis, dem „Großen Vaterländischen Krieg“, in der Bevölkerung Unterstützung zu gewinnen.

Mit der massiven finanziellen und militärischen Unterstützung der Ukraine wollen die Herrschenden der EU und NATO-Staaten absichern, dass die Reichtümer der Ukraine wirtschaftlich und militärisch von ihnen kontrolliert werden.

Die Propaganda, dass hier die westliche Demokratie gegen den russischen Autoritarismus verteidigt wird, dient dazu, in der Bevölkerung Unterstützung zu gewinnen.

Die ukrainischen Soldaten, die Menschen in der Ukraine unter Raketenbeschuss, die geflüchteten ukrainischen Frauen und Kinder, lassen im Interesse der westlichen herrschenden kapitalistischen Klassen ihr Leben, werden verkrüppelt oder heimatlos.

Die russischen Soldaten, oft aus vernachlässigten Teilen des russischen Reiches, töten und sterben für die Interessen ihrer Herrscher.

In Deutschland und anderswo finanzieren die Arbeiter:innen, die Angestellten und die Armen die Sanktionspolitik und den militärischen Krieg gegen Russland mit sozialen Kürzungen, Reallohnsenkungen und Steuern im Interesse der großen Unternehmen, Konzerne und Rüstungsindustrie.

Es waren die politischen Revolutionen der Masse der Bevölkerungen in Osteuropa und Russland, die dem Stalinismus ein Ende bereitet haben. Russland wurde wirtschaftlich massiv geschwächt. Diese Entwicklung will Putin unbedingt zurückdrehen.

Gleichzeitig zeigt sich, dass der angebliche Sieg des Westens ein schwächerer Sieg ist, da schon seit längerem das Wachstum des Durchschnittsprofits sinkt und sich die Konkurrenz um Absatzmärkte, Arbeitskräfte und Rohstoffe auch zwischen den kapitalistischen Mächten verschärft. Diese Entwicklung soll ebenfalls gestoppt werden, wenn nötig auch mit militärischer Gewalt.

Militarisierung der Gesellschaft

Mit der Bedrohung durch Russland werden die Waffenlieferungen an die Ukraine begründet, aber auch die massive Aufrüstung und die Bemühungen, die „Wehrhaftigkeit“ der Gesellschaft herzustellen.

Die herrschenden Klassen in den kapitalistischen Nationalstaaten bereiten sich auf weitere militärische

Abermilliarden für Zerstörung

Schon vor dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, dass die Kreditermächtigung für 60 Mrd. € für den Haushalt 2024 nicht möglich ist, wurde in allen Bereichen des Bundeshaushalts für 2024 kräftig gekürzt. Jetzt soll weiter bei den Sozialausgaben gekürzt werden.

Ein Haushalt bleibt davon aber nach wie vor unberührt: der Militärhaushalt. Er durfte erhöht werden und war mit 16 % des Bundeshaushalts schon der zweitgrößte Einzelhaushalt. Sein relativer Anteil wird steigen. Fest steht auch, dass ab 2024 mindestens 2 % des BIP fürs Militär ausgegeben werden.

Auseinandersetzungen und Kriege mit ihren Konkurrenten vor.

Doch die Ausgebeuteten, also die Arbeiterklassen und Unterdrückten, also die kleinen Leute und Armen, haben kein Interesse an Kriegen, die sie bezahlen müssen und in denen sie sogar sterben sollen.

Wie können wir uns „verteidigen“, ohne an der Seite unserer jeweils herrschenden Klassen zu stehen?

Diesen anderen Weg haben uns die Arbeiter:innen und Soldaten 1917 und 1918 gezeigt, indem sie mit ihren Aufständen und Revolutionen den Ersten Weltkrieg beendeten.

Heute müssen wir damit anfangen, diesen anderen Weg zu gehen, indem wir eine starke Anti-Kriegsbewegung aufbauen, die deutlich macht: Wir wollen uns nicht gegen unsere Klassenbrüder und -schwestern in Russland und anderswo stellen, sondern gegen die Herrschenden in Deutschland und im NATO-Lager.

Stellt euch gegen eure Herrschenden. Unser Kampf von unten ist ein gemeinsamer Kampf.

Schluss mit der Aufrüstung

Schluss mit der Waffenproduktion und den Waffenexporten

Schluss mit den Auslandseinsätzen

Schluss mit der Rekrutierung für die Bundeswehr

Schluss mit den Waffenlieferungen an die Ukraine

Solidarität mit jenen, die in der Ukraine und in Russland den Kriegsdienst verweigern

Stoppt die Militarisierung nach Außen und Innen

Keine Kriegsvorbereitung in unserem Namen

